

Von der Sozialen Frauenschule zum Department Soziale Arbeit

Vom Neubeginn 1945 bis zur Gegenwart

(1. Teil in hlz 5-6/2017, S. 48ff; 2. Teil in hlz 9-10/2017, S. 36 ff)

Nachdem noch am 13. März 1945 Examenprüfungen im Sozialpädagogischen Institut durchgeführt und die Prüfungskandidatinnen beispielsweise nach den Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront befragt worden waren, ordnete die britische Besatzungsmacht eine Unterbrechung des theoretischen Unterrichts an. Während die Schülerinnen auf Praktikumsstellen verteilt wurden, versah Hedi Kelch vom Fröbel-Seminar kommissarisch auch die Leitung des Sozialpädagogischen Instituts. Die Besatzungsmacht wollte im Rahmen des demokratischen Neuaufbaus die haupt- und nebenamtlichen Lehrkräfte wie auch die Schülerinnen auf ihre politische Vergangenheit in der NS-Zeit überprüfen. Im Oktober des Jahres wurde der Lehrbetrieb unter der Leitung der offenbar politisch unbelasteten Hildegard Kipp wieder aufgenommen. Ihre Vertreterin war Christa Marie von Zanthier, die während des Dritten Reiches Erb- und Rassenkunde unterrichtet und auch der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) angehört hatte. Gegen ihre Beschäftigung hatte der zuständige Entnazifizierungsausschuss keine Bedenken. Auch die Schülerinnen, die größtenteils Mitglieder der NS-DAP gewesen waren, erhielten 1946 die als Persilscheine bezeichneten Unbedenklichkeitserklärungen.

Die jungen Frauen wollten die Chance für einen Neuanfang nutzen. Dabei unterstützte sie das Lehrpersonal mit mensch-

licher Wärme und großer Fachkompetenz. 1948 leistete die Schulleiterin das Dreifache ihrer Unterrichtsverpflichtungen. Zu den Lehrkräften zählten auch Margarete Treuge und Elisabeth von Bradtke, die 1933 aus politischen Gründen entlassen worden waren. In den Lehrplänen für die zweijährige theoretische Ausbildung knüpfte man an die Traditionen aus der Weimarer Republik an. Die Schülerinnen wurden gut auf ihre schwierige Arbeit als Fürsorgerin in der durch soziale Not und menschliche Katastrophen gekennzeichneten Nachkriegszeit vorbereitet. Ihre Lehrerin, Hildegard Kipp, hatte sie gelehrt, dass „einfach zu resignieren“ keine Perspektive war.

Nach dem Examen hatten die Schülerinnen ein einjähriges Berufspraktikum zu absolvieren, um die staatliche Anerkennung als Volkspflegerin, wie es 1947 noch hieß, zu erlangen. Bis 1948 wurden die Angestellten im staatlichen Sozialpädagogischen Institut wie auch die angestellten Fürsorgerinnen nach der „Tarifordnung A für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst“, danach nach dem Bundesangestelltentarifvertrag eingruppiert. In einem Rückblick von Schulabsolventinnen findet der Einsatz der 1949 gegründeten Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für die Übernahme von Fürsorger_innen ins Beamtenverhältnis Anerkennung. In den 1950er-Jahren diskutierten Mitarbeiter_innen aus Kindergärten, aus der Jugendarbeit des Fröbel-Seminars und des Sozial-

pädagogischen Instituts im Sozialpädagogischen Kreis der GEW über die Probleme in den sozialen Berufen, die Ausbildung von Sozialpädagog_innen und Erzieher_innen sowie die Verankerung von Mitbestimmungsrechten. Auf einer Vorstandssitzung im Jahr 1958, an der auch Hildegard Kipp teilnahm, regte man die Schaffung einer „Kordinationsstelle“ zur Unterstützung bedürftiger Schüler_innen an. Bis 1958 beschäftigte die GEW auch Schülerinnen des Sozialpädagogischen Instituts für Schreibearbeiten.

In den 1960er-Jahren setzte eine Verwissenschaftlichung der Ausbildung ein. Angesichts der „schwierigen Anforderungen an den Erzieher bzw. Sozialpädagogen“ hielt die Oberschulrätin Klages „anspruchsvolle Ausbildungsstätten“ für nötig. Dem entsprach die 1962 in Kraft getretene Ausbildungs- und Prüfungsordnung, nach der sich die theoretische Ausbildung auf drei Jahre verlängerte. Im dritten Ausbildungsjahr richtete die Schule Arbeitsgemeinschaften ein, „in denen den Studierenden Gelegenheit zu selbständiger Arbeit gegeben wird“. Dem Selbstverständnis nach verstand man sich als wissenschaftliche Ausbildungsstätte. Die Gewerkschaften begleiteten die Entwicklung des Sozialpädagogischen Instituts zu einer Höheren Fachschule. Sie hatten ein Vorschlagsrecht zur Entsendung von Arbeitnehmervertreter_innen in den Schulbeirat. Nach einer Richtlinie aus dem Jahr

1969 erhielt auch das Schulparlament ein Anhörungsrecht „in Fragen der Schulorganisation und beim Entwurf und Aufbau der Lehrpläne“. Der Vertretung der Schüler_innen, häufig auch als Studierende bezeichnet, sollte diese Beteiligungsform jedoch schon bald nicht mehr genügen. Zusammen mit der Studentenschaft der anderen Höheren Fachschulen, aus denen 1970 die Fachhochschule Hamburg gebildet werden sollte, protestierten die Studierenden der Sozialpädagogik 1969 öffentlich gegen den „Bildungsnotstand“.

Politisiert in der Jugendrevolte der späten 1960er-Jahre, hatten sich gewiss nicht wenige Studierende nach den Enttäuschungen über die ausgebliebenen Erfolge der Studentenbewegung ins Private zurückgezogen. Das Beispiel des Fachbereichs Sozialpädagogik der Fachhochschule Hamburg in den 1970er-Jahren zeigt aber, dass ein nicht ganz unbedeutender Teil der Studierenden die gesellschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich in Frage stellte und in linken Gruppen organisiert sozialistische Gesellschaftsmodelle propagierte. Ein weiterer, größerer Teil der Studentenschaft erwies sich für Proteste gegen die Hochschulpolitik und die Studienbedingungen als mobilisierungsfähig. Dabei kritisierten sie auch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung und den Hamburger Senat, die unter dem Eindruck wirtschaftlicher Krisenerscheinungen ihre Reformversprechen einer Bildungspolitik für breite Bevölkerungsschichten nicht hatten einlösen können. Die „Selbstorganisation“ der Studierenden bemängelte, dass „der größte Teil der Bewerber am SPI [Sozialpädagogischen Institut, F. St.] abgewiesen“ worden war und forderte die „Aufhebung des Numerus clausus“. Unterstützung fanden die Studierenden in der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr

(ÖTV) sowie in der GEW, die ebenfalls die Zahl der Studienplätze am Fachbereich Sozialpädagogik für zu gering hielten.

Unter den Studierenden selbst verfügten nicht wenige über Berufserfahrungen etwa als Erzieher_innen und gehörten der ÖTV oder der GEW an. Auf einer „Gewerkschaftlich Orientierten Liste“ kandidierten Mitglieder des Marxistischen Studentenbunds Spartakus, des Sozialistischen Hochschulbunds und unabhängige Studierende mit einigem Erfolg für die Hochschulgremien. In ihrer Radikalität gingen sie dabei zum Teil über die gewerkschaftlichen Beschlusslagen hinaus. Von der Studienreform, insbesondere von den überfälligen Modernisierungen der Studien- und Prüfungsordnungen am Fachbereich Sozialpädagogik, erwartete die GEW ebenso wie der Fachchaftsrat eine Verbesserung in der Vermittlung von Sachkenntnis und Verantwortungsbewusstsein im Interesse der Klient_innen der Sozialen Arbeit. Deswegen wehrten sich die Studierendenvertreter_innen gegen die Verschlechterung des Betreuungsschlüssels von Dozent_innen zu Studierenden und andere vom Hochschulamt verfügten Sparmaßnahmen. Auch die beengte räumliche Unterbringung der wachsenden Zahl von Studierenden in der ehemaligen Talmud-Tora-Oberrealschule am Grindelhof und im DAG-Haus am Karl-Muck-Platz bot Anlass zu Kritik. Die Situation verschärfte sich noch, als die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft der Wissenschaftsbehörde den Mietvertrag wegen der unerlaubten Plakatierungen, Flugblattverteilungen und Lärmen durch die Studierenden kündigen wollte. Mit dem Umzug des Fachbereichs in ein Gebäude in der Saarlandstraße im Jahr 1976 konnte dieses Problem gelöst werden. Für die Qualität des Studiums erhielt der Fachbereich sowohl von den Anstellungs-



Hildegard Kipp, Leiterin des Sozialpädagogischen Instituts von 1945 bis 1963

trägern als auch von den Studierenden durchweg eine hohe Anerkennung. Viele Fachhochschüler_innen brachten den sozialwissenschaftlichen Theorien ein größeres Interesse entgegen als der sozialpädagogischen Methodenlehre. In den 70er-Jahren traten auch Konflikte zwischen den jungen akademisch höher gebildeten Vertreter_innen der Bezugswissenschaften und den von der Fachschule übernommenen Dozent_innen auf. Diese zum Teil auch politischen Differenzen banden einige Energien.

Einigkeit unter den 1980 zu Professor_innen ernannten Dozent_innen, den Studierenden und den Gewerkschaften bestand in der Notwendigkeit des Erhalts des berufsvorbereitenden Nachpraktikums. Nach Studierendenprotesten blieb es zunächst beim tariflich bezahlten Berufspraktikum. Immer ungewisser erschienen indes die Berufsaussichten für die graduierten Sozialpädagog_innen und Sozialarbeiter_innen. Denn infolge der Krise in den 1970er-Jahren und der schrumpfenden öffentlichen Haushalte wurde weniger Personal eingestellt. Die GEW Hamburg appellierte an den Staat als bedeutendstem Arbeitgeber für



Kandidat_innen der „Gewerkschaftlich Orientierten Liste“ zur Fachschaftsratswahl (1978/79)

soziale und Erziehungsberufe, die Fachhochschulabsolvent_innen ohne Bedürftigkeitsprüfung zu unterstützen und nötigenfalls mit öffentlichen Mitteln umschulen zu lassen.

Als Diplomstudiengang erhielt das Studium zwar ab 1983 eine weitere Aufwertung. Die vom Ersten Bürgermeister, Klaus von Dohnanyi, betriebene Standortpolitik stellte die Sozialpädagogik aber auch in eine Konkurrenz zu anderen für die Wirtschaftsentwicklung bedeutender erscheinenden Wissenschaftsdisziplinen. Für die GEW-Fachhochschulgruppe kritisierte die Erziehungswissenschaftlerin Eva Brandes die Arbeitsbelastungen und die ungerechte Besoldung der Fachhochschullehrer_innen, forderte Neueinstellungen, den Abbau des NC und ein bedarfsgerechtes BAFöG. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen sollte der

mit vielen Projekten und sozialen Akteuren in der Stadt gut vernetzte Fachbereich Sozialpädagogik seine gesellschaftliche Bedeutung gerade auch in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit und daraus folgender Probleme beweisen. Berufsbegleitende Kontaktstudiengänge, die Frauenforschung und die mit dem Namen Hakkı Keskin verbundene sozialpädagogische Arbeit mit Ausländern fanden in der Stadt und darüber hinaus Beachtung.

Mit der Herstellung der deutschen Einheit nahmen die gesellschaftlichen Probleme, vielleicht anders als erwartet, eher zu als ab. Der im Fachbereich Sozialpädagogik erarbeitete „Sozialatlas Hamburg 1997“ zeigte ein differenziertes Bild von der wachsenden sozialen Ungleichheit in der prosperierenden Hansestadt. Die Debatte um die Asylpolitik nährte überdies den Rechtsradikalismus, ein auch

heute wichtiges Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit und daher auch ein Thema der seit 1992 vom Fachbereich Sozialpädagogik herausgegebenen Zeitschrift „standpunkt: sozial“. 1995 wurde nach einer bereits in den frühen 1970er-Jahren begonnenen Fachdebatte die zweiphasige Ausbildung mit einem sechssemestrigen Fachhochschulstudium und anschließendem einjährigen Berufspraktikum durch eine einphasige Ausbildung mit einem integrierten Praxissemester ersetzt. Aus fachlicher Sicht bot das neue Studienmodell eine bessere Perspektive zur Verknüpfung von Theorie und Praxis. Auch hinsichtlich der Anerkennung der Studienabschlüsse im Rahmen der Europäischen Union erschien die Verlängerung der Gesamtstudienzeit notwendig. Seit der Aufnahme seiner Arbeit im Jahr 1997/98 erlangte das Zentrale Praktikantenamt und Zentrum für Praxiskoordination eine große Bedeutung sowohl bei der Herstellung von Kontakten für die praktische Ausbildung der Studierenden als auch für die Weiterqualifizierung von in der Sozialen Arbeit Beschäftigten.

Ausgelöst durch die Bologna-Erklärung von 31 europäischen Bildungsministern aus dem Jahr 1999 setzte eine auch für das Sozialarbeitsstudium wichtige Diskussion über die Harmonisierung der Hochschulbildung in Europa ein, deren Ergebnis die Einführung von zweistufigen Studienabschlüssen mit Bachelor- und Masterstudiengraden war. Die Leistungen in den neuen modularisierten Studiengängen sollten nach dem Arbeitsaufwand für die Studierenden gemessen und nach dem European Credit Transfer System bewertet werden. Angestrebt wurde eine staatliche Deregulierung bei gleichzeitig verstärkter Marktorientierung. Trotz mancher Skepsis wurde zum Wintersemester 2006 im Department Soziale Arbeit der

im Jahr 2001 aus der Fachhochschule Hamburg hervorgegangenen Hochschule für Angewandte Wissenschaften der Bachelor-Studiengang Soziale Arbeit eingeführt. Schon knapp drei Jahre später kritisierte der Sozialarbeitswissenschaftler Manfred Neuffer die neoliberale Hochschulpolitik des parteilosen Wissenschaftssenators Jörg Dräger, die „Bildung zur Ware“ gemacht hatte. Der vom christdemokratischen Bürgermeister Ole von Beust geführte Senat hatte zudem ab 2007 wirksam Studiengebühren eingeführt, die gerade Studierende aus einkommensschwächeren Schichten benachteiligen mussten. Während auf der einen Seite durch die Installation eines Hochschulrats hochschulfremden Interessen Einflussmöglichkeiten gegeben wurden, schwächte man auf der anderen Seite die akademische Selbstverwaltung. Angesichts des Ausbildungsbedarfs für die sozialen Berufe erschien nicht nur Neuffer die Reduzierung der Aufnahmezahlen und die Verknappung der dringend benötigten personellen Ressourcen als politische Fehlentwicklung.

Auch die Studentenschaft bewies in mehreren Streiks der 1990er- und 2000er-Jahre ihre Konfliktfähigkeit. Dem Studierendenstreik von 1997 sprach der Sozialwissenschaftler Richard Sorg einen deutlich politischen Charakter zu, der sich in eine Reihe weiterer Proteste gegen die Sozialpolitik der christlich-liberalen Kohl-Regierung einreihen ließe. Im „Bildungsstreik 2009“ protestierten die Studierenden gegen die Unterordnung der Bildung unter Verwertungszwecke. Man wandte sich gegen den Leistungsdruck im straff organisierten und verschulten Bachelorstudiengang, mit dem Sozialarbeiter_innen zweiter Klasse geschaffen würden. Die vom AstA und Fachschaftsrat geforderte Einführung der Verfassten Studentenschaft

mit politischem Mandat stößt nach wie vor auf politische Widerstände. Dem gegenüber steht eine auf lange Sicht positive Entwicklung zur Professionalisierung und Akademisierung der Sozialen Arbeit mit der Herausbildung der Sozialarbeitswissenschaft als zentraler Disziplin im Studium der künftigen Sozialarbeiter_innen. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs ist auch die Möglichkeit der Erlangung

Im „Bildungsstreik 2009“ protestierten die Studierenden gegen die Unterordnung der Bildung unter Verwertungszwecke. Man wandte sich gegen den Leistungsdruck im straff organisierten und verschulten Bachelorstudiengang, mit dem Sozialarbeiter_innen zweiter Klasse geschaffen würden

der Promotion im Rahmen einer seit 2007 bestehenden wissenschaftlichen Partnerschaft mit der Goethe-Universität Frankfurt am Main von Bedeutung. Positiv zu bewerten ist ebenso die Korrektur politischer Fehlentwicklungen. So wurde mit der Einrichtung von Departmenträten auch auf dieser Hochschulebene ein Gremium für die Statusgruppen geschaffen. Im Jahr 2013 schaffte der Hamburgische Senat die unsozialen Studiengebühren wieder ab. Mit der Eröffnung der Kindertagesstätte Campuskinder im Jahr 2010 wurde erziehenden Eltern das Arbeiten bzw. Studieren erleichtert. Die deutliche Mehrheit der über 1.800 Studierenden in den vier Studiengängen des Departments ist weiblich. Aber auch der Anteil der Frauen unter den Lehrenden ist auf 12 von 28 Professor_innen im Sommersemester 2017

angewachsen. Seit Anfang der 1990er-Jahre engagieren sich Gleichstellungsbeauftragte am Fachbereich bzw. im Department für Gendergerechtigkeit.

In 100 Jahren hat sich auch im Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialarbeitsausbildung vieles geändert. Der nationalliberalen Schulgründerin Gertrud Bäumer blieb die sozialistische Arbeiterbewegung zeit lebens fremd. Mit dem Mentalitätswandel unter den Angehörigen der sozialen Berufe und der Bildung von weltanschaulich unabhängigen Einheitsgewerkschaften haben sich die GEW und die ÖTV bzw. ver.di das Vertrauen der Lernenden und Arbeitenden in der Sozialen Arbeit erwerben und zusammen tarifliche Leistungen erkämpfen können. Studierende und Hochschullehrer_innen des seit 2010 in der Alexanderstraße im Stadtteil St. Georg angesiedelten Departments Soziale Arbeit äußerten sich wiederholt öffentlich kritisch zur von der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder eingeführten aktivierenden Arbeitsmarktpolitik und den damit einhergehenden Prekarisierungstendenzen sowie der unter den Titeln Kundenorientierung oder neuen Steuerungsmodellen legitimierten Ökonomisierung sozialer Dienstleistung. Bei der Verteidigung sozialer Grundrechte, beim Postulat einer parteilichen Sozialen Arbeit, fairen Arbeitsbedingungen in den sozialen Berufen und an den Hochschulen zeigt sich bei vielen Beschäftigten und Studierenden der Sozialen Arbeit eine erfreulich große Übereinstimmung mit den sozial- und hochschulpolitischen Zielen der Gewerkschaften, die gute Chancen für ein gemeinsames erfolgreiches Eintreten für gerechtere Lebens- und Arbeitsbedingungen bietet.

FRIEDRICH STAMP
Lehrbeauftragter an der HAW
Department Soziale Arbeit